

der westdeutschen Bundesrepublik hingegen sind Faschismus und Militarismus nicht überwunden, sondern restauriert. Die alten Kräfte setzen die Politik der Revanche fort.

Da auf dem heutigen Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik unmittelbar nach der Zerschlagung des faschistischen Machtapparates die völkerrechtliche Verpflichtung zur Verfolgung und Bestrafung der Nazi- und Kriegsverbrecher konsequent eingehalten und verwirklicht wurde, begründet der Gesetzentwurf kein neues Recht. Er bekräftigt den bereits bestehenden Rechtszustand und die Position der Deutschen Demokratischen Republik, die in völliger Übereinstimmung mit dem geltenden Völkerrecht, insbesondere den Beschlüssen der Anti-Hitler-Koalition, steht.

Die Kriegs- und Nazi verbrechen des deutschen Faschismus und seiner Handlanger waren Verbrechen, die sich in einem bisher nicht gekannten Ausmaß gegen die Völker der ganzen Welt richteten und den Bestand der menschlichen Gesellschaft überhaupt gefährdeten. Sie waren und sind deswegen auch nicht im entferntesten vergleichbar — worauf Frau Minister Dr. Benjamin bereits hin wies — mit den individuellen Verbrechen gegen das Leben, wie sie das allgemeine Kriminalstrafrecht der Völker, so auch das der beiden deutschen Staaten kennt. Die Kriegs- und Nazi verbrechen waren vielmehr Methode, System und Ergebnis der Weltoberungspolitik der faschistischen Gewaltherrscher in Deutschland und ihrer Verbündeten.

Mit den Beschlüssen der Anti-Hitler-Koalition wird deshalb auch im Gedenken an die Millionen unschuldiger Opfer der faschistischen Hitlerdiktatur in der ganzen Welt und angesichts des Sehns der Menschheit nach Gerechtigkeit und Frieden mit allem Nachdruck bekundet: Die gerechte und unnachsichtige Verfolgung und Bestrafung der Nazi- und Kriegsverbrechen ist nach der endgültigen Zerschlagung des deutschen Hitler-Faschismus eine entscheidende Aufgabe, um Humanität und Frieden zu sichern. Sie ist noch heute eine historische Notwendigkeit, um in Deutschland eine friedliche Entwicklung zu gewährleisten. Das aber erfordert, auch in Westdeutschland im Interesse des Friedens und der Sicherheit der Völker den Militarismus und Revanchismus mit der Wurzel zu beseitigen und auf diese Weise einen neuen Aggressionskrieg des deutschen Militarismus zu verhindern. Sie ist darum auch eine internationale Angelegenheit. Frau Minister Dr. Benjamin hat uns die zu Normen des